

(Finanzminister Nitsche.)

(A) den vom Staat ausgeführten, sondern den, der im Lande allgemein auszuführen ist, um die allgemeine Wohnungsnot zu lindern. Es bedarf keines weiteren Nachweises, daß, wenn es gelänge, den Kleinwohnungsbau im Lande im großen Umfange so, wie es der Bedarf erheischt, einzuleiten und durchzuführen, man dadurch die Arbeitslosigkeit ganz erheblich mindern könnte.

Es ist aber auch bekannt, daß diesem Vorhaben ein wesentliches Hindernis entgegensteht, das sind die in der gegenwärtigen Zeit ungeheuer überteuerten Preise für Materialien und überhaupt die Tatsache, daß das Bauen jetzt außerordentlich teuer ist, daß man mit einem sogenannten verlorenen Mehraufwande zu rechnen hat, für den Reich, Staat und Gemeinden aufzukommen haben, der aber trotzdem doch ein erhebliches Hindernis bildet. Er wird zur Hälfte vom Reiche getragen, ein Viertel sollen der Staat und ein Viertel die Gemeinden übernehmen. Es liegt aber auf der Hand, daß der Kleinwohnungsbau um so mehr gefördert wird, je weniger von diesem verlorenen Mehraufwande die Gemeinden aufzubringen haben. Deshalb hat das sächsische Finanzministerium sich auch entschlossen, nicht nur, wie ihm auferlegt ist, 25 Prozent des verlorenen Mehraufwandes für den Kleinwohnungsbau selbst zu tragen, sondern es will drei Achtel davon in der Regel auf sich nehmen, so daß den Gemeinden

(B) nur ein Achtel zu tragen übrigbleibt. Das Finanzministerium ist, ohne jede Anregung von anderer Stelle, sogar auch über diesen Satz noch etwas hinausgegangen, indem es sich entschlossen hat, den bedürftigen Gemeinden einen noch größeren Zuschuß zu geben, so daß diese also unter Umständen noch weniger als ein Achtel des verlorenen Mehraufwandes selbst zu tragen hätten. Dieses Entgegenkommen ist in solchem Umfange wohl in keinem anderen Staate seither zu beobachten gewesen. Die für den Kleinwohnungsbau, also für Übernahme des verlorenen Mehraufwandes erforderliche Summe ist vorläufig in Höhe von 15 Millionen Mark in den Nachtragsetat eingestellt worden, der demnächst die Volkskammer beschäftigen wird. Es ist gar nicht zweifelhaft, daß diese Maßnahme geeignet ist, die Arbeitslosigkeit wesentlich zu vermindern. Man kann daraus aber wohl auch ersehen, daß das Finanzministerium trotz der Bedrängnisse, in denen es sich jetzt befindet und die ich vorhin kurz geschildert habe, die Sache keineswegs vom rein finanziellen Standpunkte aus entscheidet, sondern bereit ist, Mittel auch in weitgehendem Maße zu gewähren, wo wirklich ein bringendes Bedürfnis vorhanden ist und wo sich die Aussicht bietet, die Arbeitslosigkeit in bemerkenswerter Weise zu vermindern.

Die Mittel, die jetzt von der Regierung zur Schaffung

von Arbeitsgelegenheit zur Verfügung gestellt wurden, (C) erreichen einen Betrag von rund 250 Millionen Mark, wenn man lediglich die veranschlagte Summe einstellt. Die Mittel, die tatsächlich gebraucht werden, wenn die Materialpreise und Löhne so bleiben, wie jetzt, werden nicht 250 Millionen, sondern etwa 750 Millionen Mark betragen, so daß ganz erhebliche Nachforderungen geltend zu machen sein werden, die allerdings vorläufig zum größten Teile den außerordentlichen Etat belasten werden, aber doch von der Allgemeinheit zu tragen sind.

Die Zahl der Arbeiter, die bei den von mir erwähnten Staatsarbeiten beschäftigt werden, ist sehr erheblich. Sie geht in viele Tausende. Angesichts des großen Umfanges, den die Beschäftigungslosigkeit angenommen hat, von der ja auch der Herr Arbeitsminister Mitteilung machte, ist freilich die Hilfe, die der Staat zu bringen vermag, verhältnismäßig beschränkt. Es ist auch zu bedenken, daß der Staat nur so lange eine nennenswerte Hilfe geben kann, als die Arbeitslosigkeit in gewissen Grenzen zu halten ist. Das ist aber nur dann möglich, wenn es gelingt, unser Wirtschaftsleben nicht nur in Gang zu halten, soweit es jetzt der Fall ist, sondern von neuem zu beleben. Ohne eine Belebung des Wirtschaftslebens wird auch die Hilfe des Staates vergeblich sein, selbst wenn er auch weiterhin wie jetzt, noch über seine Kräfte hinaus dafür wirken (D) will, daß Arbeiten in größerer Zahl zur Verfügung gestellt werden.

Ich kann mich im übrigen durchaus den Ausführungen des Herrn Arbeitsministers anschließen, wenn er betonte, daß die beste Hilfe die wäre, durch Wiederbelebung der Industrie wieder Arbeit zu schaffen. Das entspricht durchaus einem zwingenden Bedürfnis und vor allen Dingen auch dem Wohle der Arbeiterschaft. Leider zeigt sich aber, daß die jetzigen Verhältnisse keine rechte Hoffnung aufkommen lassen auf eine Besserung in den jetzigen Zuständen des Wirtschaftslebens. Wir sehen im Gegenteil, daß gewisse Kreise daran sind, eine Desperadopolitik ins Werk zu setzen, die von verhängnisvollen Folgen begleitet sein muß. Es scheint, als wenn gewisse Kreise es jetzt systematisch darauf anlegten, einen wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeizuführen.

(Zuruf bei den Unabhängigen: Der ist schon da!)

Ich glaube wohl, daß es möglich sein wird, einen solchen zu bewerkstelligen, wenn die Irreführung gewisser Leute und die Gewissenlosigkeit gewisser Machinationen so weiter geht, wie wir es bisher beobachtet haben. Einen Zusammenbruch kann man dadurch wohl herbeiführen, aber daß neue wirtschaftliche Gebilde daraus hervorgehen

(A)

(D)